

# Presseservice der SPD

Bonn, den 18.09.1992

637/92

10 | 20 | 30 | 40 | 50 | 60 |

## Mitteilung für die Presse

Zum französischen Referendum über die Maastrichter Verträge zur Europäischen Union hat das SPD-Vorstandsmitglied **Gerd Walter**, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein, heute dem NDR 2 das folgende Interview gegeben:

NDR 2: Herr Walter, sollten wir eine Volksabstimmung haben?

G. Walter: Nein, ich bin gegen eine Volksabstimmung aus drei Gründen: 1. Das Instrument existiert nicht in unserer Verfassung, es nur zu einem bestimmten Zweck einzuführen ist immer problematisch. 2. Ein so komplexes Vertragswerk eignet sich schlecht für eine Ja/Nein-Abstimmung. In Dänemark weiß die Regierung bis heute noch nicht, was eigentlich der Grund für die Ablehnung war. Und 3., das ist das eigentlich Wichtige: Es geht ja jetzt heute um viel mehr als nur ein Ja oder Nein zum Vertrag von Maastricht. Es geht zugespitzt um die Frage, ob wir eigentlich Europa wollen, oder ob wir wieder überall in Europa Sarajewo kriegen. Und da ist politische Führung und Verantwortung erforderlich und nicht Flucht vor der Verantwortung in die Volksabstimmung.

NDR 2: Hauen Sie da nicht ein bißchen hart drauf mit dem Vergleich mit Sarajewo?

G. Walter: Nein. Wenn ich mir die Diskussion in Frankreich angucke, wo man für ein wichtiges europäisches Projekt

offensichtlich nur noch mit antideutschen Parolen werben kann, dann habe ich eine leise Ahnung davon, glaube ich jedenfalls, auf welch dünnem Eis wir uns auch in Westeuropa bewegen. Leichtfertige Anti-EG-Kampagnen oder Anti-Maastricht-Kampagnen könnten sehr schnell dazu führen, daß Westeuropa auch in den Strudel der östeuropäischen Krise hineingezogen wird. Der gute Herr Brunner ist ein schönes Beispiel dafür; daß, was der da abläßt, zeigt, daß er das Gehalt nicht wert ist, was er in Brüssel bekommen hat.

NDR 2: Sie haben selber gesagt, daß die Maastrichter Verträge ein komplexes Vertragswerk sind. Das ist sehr wohl wirklich. Können Sie denn den deutschen Bürgerinnen und Bürgern in-sagen wir mal-drei Stichworten sagen, was bringt uns Maastricht?

G. Walter: Es bringt Fortschritte in einer gemeinsamen Außenpolitik. Damit wir endlich in der Welt mit einer Stimme sprechen und nicht andere darüber bestimmen, was in Europa passiert. Es bringt Fortschritte in Richtung auf die gemeinsame Währung, damit nicht Spekulanten das Sagen haben, aber auch nicht Japaner oder Amerikaner das Sagen haben, was in Europa ökonomisch passiert. Es bringt mehr Fortschritt beim Umweltschutz und bei der Sozialpolitik und es bringt sogar ein paar Fortschritte in Sachen Demokratie in der Europäischen Gemeinschaft.

NDR 2: Da hat Herr Brunner ja ...gesagt.

G. Walter: Wenngleich es nach wie vor nicht ausreicht. Ich hab' ja im Europäischen Parlament 13 Jahre gesessen und mit den Kolleginnen und Kollegen aus anderen Fraktionen dafür gekämpft, daß Fehlentwicklungen, die in der Gemeinschaft unbestreitbar da sind -und das betrifft

zum Beispiel das Thema Demokratie -abgestellt werden, damit die Sache glaubwürdiger wird, mehr Zustimmung bekommt. Ich hätte mir gewünscht, daß die Brunners zu solchen Zeiten schwieriger Auseinandersetzung mal zu vernehmen gewesen wären. Ich sag's mal sehr deutlich, wenn an einem Auto ein paar Schrauben locker sind, dann werf ich das Ding doch nicht gleich auf den Schrottplatz. Genau das ist es aber, was Herr Brunner provoziert.

NDR 2: Letzte Frage mit der Bitte um kurze Antwort.  
Müssen die deutschen Politiker, zu denen Sie ja auch gehören, sich vorwerfen lassen, zu wenig für Europa geworben zu haben, zu wenig erklärt zu haben?

G. Walter: Das greift ein bißchen zu kurz. Natürlich muß man sich immer kritisch fragen, haben wir genug gemacht und das kann ich als Ex-Europaabgeordneter um so kritischer fragen, weil ich häufig gegen eine Mauer gerannt bin bei uns in der Bundesrepublik Deutschland; aber diese Mauer bestand eben nicht nur in der Politik, sondern im Grunde in allen führenden Kreisen unserer Gesellschaft. Da müssen sich alle an die Nase fassen, nicht zuletzt auch Medien, aber auch Politik. Ich sag's mal zugespitzt: Was kann Politik eigentlich ausrichten, wenn es in Deutschland große Verlagshäuser gibt, die anti-europäische Stimmungsmache benutzen, um ihre Auflagen in die Höhe zu treiben, was ich für staatspolitisch außerordentlich unverantwortlich halte. Wir müssen den Leuten wieder sehr einfach sagen, worum es eigentlich geht. Ich bring's mal auf zwei Formeln:

Europa, die Europäische Gemeinschaft ist ein gutes Geschäft für alle. Außerdem ist sie die erfolgreichste Friedensbewegung in der Geschichte Europas. Und das sollten wir nicht leichtfertig über Bord werfen.